

MISZELLEN

Die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika Neue Wege der Forschung

Von WINFRIED BAUMGART, Bonn

1. Vorbemerkung

Im Zusammenhang mit dem am Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzenden politischen Prozeß der Entkolonisierung hat die Kolonialgeschichtsschreibung grundlegend neue Züge angenommen. Vordem wurde Kolonialgeschichte im wesentlichen mit Entdeckungs- und Überseegeschichte identifiziert, d. h. eindeutig europazentrisch verstanden und betrieben. Nunmehr werden die vielfältigen lokalen Faktoren in den ehemaligen Kolonien zusehends Gegenstand der Forschung, nicht nur in dem Sinne, daß ihnen im Prozeß der politischen Willensbildung in der Regierung des jeweiligen Mutterlandes ein größeres Gewicht als bisher zugeschrieben wird,¹ sondern auch in der Hinsicht, daß ihre Untersuchbarkeit als eigenständiges Forschungsobjekt, teilweise oder gänzlich losgelöst vom europäischen Bezug, anerkannt wird. Obwohl Kolonialgeschichtsschreibung aus der Sicht der Metropole nach wie vor praktiziert wird und kürzlich noch beachtliche Leistungen auf Grund neueröffneter Perspektiven erbracht hat,² sind die Geschichte der kolonialen Bereiche selbst und besonders die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Kolonialherrschaft auf die angetroffene Bevölkerung in den Vordergrund des Interesses gerückt.³ Die Kolonialgeschichtsschreibung ist dadurch in ihren Fragestellungen reichhaltiger und in ihren Ergebnissen umfassender und differenzierter geworden.

¹ Beispielhaft ist RONALD ROBINSON/JOHN GALLAGHER/ALICE DENNY, *Africa and the Victorians. The Official Mind of Imperialism*. London 1961.

² KLAUS HILDEBRAND, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919—1945*. München 1969 = Veröffentlichungen des Historischen Instituts der Universität Mannheim 1. — HANS-ULRICH WEHLER, *Bismarck und der Imperialismus*. Köln/Berlin (1969, 21970).

³ Vgl. die Sammelbände *Moderne Kolonialgeschichte*. Hrsg. v. RUDOLF VON ALBERTINI. Köln/Berlin (1970) = Neue Wissenschaftliche Bibliothek, 39. — *Colonialism and Decolonization*, in: *Journal of Contemporary History* 4 (1969) Heft 1. — Vgl. auch DAVID MORISON, *Kolonialherrschaft*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*. Hrsg. v. Claus D. Kernig. Freiburg/Basel/Wien 1969, Sp. 689—709.

steme werden universale historische Funktionsbewegungen sichtbar. Die Wechselwirkung verschiedener Faktoren bei der Entstehung und Veränderung zentralörtlicher Systeme läßt weiters dann den innigen Zusammenhang zwischen Lebensbereichen hervortreten, die häufig in der historischen Darstellung voneinander isoliert behandelt werden. Der räumliche Aspekt zwingt hier zur Synthese. Die Beschäftigung mit dem Problem der zentralen Orte könnte damit zu fruchtbaren Begegnungen historischer Teildisziplinen führen.

Schließlich scheint mir das Problem der zentralen Orte einen für die Geschichtswissenschaft wesentlichen Gegenwartsbezug zu haben. Es ist sicher kein Zufall, daß sich die Sozial- und Wirtschaftsgeographie immer mehr für das Werden der von ihr untersuchten Ordnungen interessiert; daß auch die Raumplanung historische Entwicklungen stark in ihre Betrachtung miteinbezieht. So können in dieser Problemstellung die Historiker als die „rückwärts gewandten Propheten“ vielleicht doch auch einen Beitrag zu neuen Ausgangspositionen leisten, die dann benachbarten Disziplinen in der Bewältigung von Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben dienen.

Die deutsche Historiographie über die drei Jahrzehnte währende Kolonialherrschaft des Reiches war nach dem Ersten Weltkrieg einseitig politisch ausgerichtet; die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Kolonisierung blieben vernachlässigt. Durch das Bemühen, die in Versailles ausgesprochene Unfähigkeitserklärung zu widerlegen, ist sie in ihrem Aussagewert beeinträchtigt worden; immerhin hat diese politisierte, d. h. nicht immer mit wissenschaftlicher Methode betriebene Auseinandersetzung um den Versailler Spruch über Deutschlands moralisches Versagen in den Kolonien ergeben, daß der deutschen Kolonialpolitik keine von der entsprechenden Politik der anderen europäischen Mächte wesentlich abweichenden Verhaltensweisen zugesprochen werden können. In der englischen Forschung wird die deutsche Kolonialherrschaft, in Anlehnung an eine Maxime der zeitgenössischen deutschen Kolonialbürokratie, als „sehr streng, zeitweilig hart, aber stets gerecht“ bezeichnet.⁴ Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der deutschen Kolonialherrschaft stand im nationalsozialistischen Deutschland weiterhin unter politischem Vorzeichen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die deutsche Kolonialherrschaft nur in Mitteldeutschland Gegenstand intensiver Erforschung gewesen. Sieht man von der politischen Funktion ab, von der diese Kolonialgeschichtsschreibung im anderen Teil Deutschlands getragen wird, bleibt festzustellen, daß sie, gestützt auf das reiche einschlägige Aktenmaterial des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, zahlreiche Aspekte der deutschen Kolonialherrschaft aufzuhellen vermocht hat. Erst seit wenigen Jahren ist die westdeutsche Historiographie auf dem Wege, den Vorsprung, den die mitteldeutsche in dieser Hinsicht innehat, aufzuholen. Nachdem 1968 Helmut BLEY eine problemreiche Untersuchung über Deutsch-Südwestafrika vorgelegt hatte,⁵ erschienen 1970 drei fundierte Studien über Deutsch-Ostafrika und Kamerun. Auf Grund dieser Forschungsleistungen läßt sich eine Zwischenbilanz der Erforschung der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika ziehen.

Die deutsche Kolonialpolitik in Afrika läßt sich in drei Phasen einteilen. Die erste Phase ist gekennzeichnet durch eine in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrschende Annexionseuphorie, der Bismarck, da er damit außen- und innenpolitische Ziele verbinden konnte, durch die Schutzgebietserklärung über Kamerun und Togo nachgab. Seine Konzeption, wenigstens die beiden größeren Kolonien Deutsch-Ost- und Deutsch-Südwest-Afrika von Handelsgesellschaften verwalten zu lassen und dort das Engagement des Staates wegen der damit verbundenen hohen Verwaltungskosten auf das Allernotwendigste reduziert zu halten, erwies sich rasch als Fehlschlag. Das Interesse des privaten Kapitals und des Finanz-

⁴ HARRY RUDOLPH RUDIN, *Germans in the Cameroons 1884—1914. A Case Study in Modern Imperialism*. London 1938, S. 419.

⁵ Vgl. Anm. 18.

kapitals, in den ökonomisch wenig aussichtsreichen Tropenkolonien Geld zu investieren, blieb in dieser Phase sehr gering. Nachdem die „Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika“ 1888 ihre Verwaltungstätigkeit eingestellt und zwei Jahre darauf sich auch die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ zur selbständigen Leitung ihrer Kolonien als unfähig erwiesen hatte, mußte das Deutsche Reich auch diese Gebiete in eigene Regie übernehmen. Die folgende, etwa 15 Jahre währende Phase, in der sich allenthalben eine Ernüchterung über die Realisierbarkeit der von der Kolonialagitation propagierten wirtschaftlichen und siedlungspolitischen Ziele ausbreitete, ein Verzicht auf Kolonien nunmehr aber aus Gründen des nationalen Prestiges als unmöglich angesehen wurde, ist die Phase der militärischen Eroberung und der Landnahme durch ein kleines, im Vergleich mit der damaligen Gesamtauswanderung verschwindend geringes Häuflein von Siedlern (in Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ost-Afrika). Das Ende der „Pazifizierung“ der eroberten Gebiete, ein typischer Vorgang in der europäischen Kolonisation des 19. Jahrhunderts überhaupt, ist durch einen damals wie später aufsehenerregenden regelrechten Krieg gegen den Stamm der Herero in Deutsch-Südwestafrika gekennzeichnet. Dieser Krieg markiert den Übergang zur letzten Phase, die durch die Berufung Dernburgs an die Spitze der Kolonialverwaltung 1906, die sogenannten Hottentottenwahlen von 1907 und die Errichtung eines Reichskolonialamtes eingeleitet wurde. Dernburg versuchte, seine Zeitgenossen davon zu überzeugen, daß mit seinem Amtsantritt nach einer Periode des völligen Chaos eine neue Ära der Kolonialpolitik begonnen habe. Sein Programm charakterisierte er mit den Worten:⁶ „Kolonisation [. . .] heißt die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze [. . .] und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation, und diese ist dafür zu der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.“

Mit Hilfe der neueren Literatur läßt sich dieses bekannte Bild in zahlreichen, im folgenden nur in Auswahl angedeuteten Punkten ergänzen und korrigieren. Allerdings muß das eine oder andere Ergebnis der neueren Forschung auch mit einem Fragezeichen versehen werden.

2. *Deutsch-Ostafrika*

Rainer TETZLAFF hat in seiner Berliner Dissertation⁷ auf Grund von Archivalien, der veröffentlichten amtlichen Quellen, der Kolonialpresse

⁶ BERNHARD DERNBURG, *Zielpunkte des Deutschen Kolonialwesens*. Berlin 1907, S. 5.

⁷ RAINER TETZLAFF, *Koloniale Entwicklung und Ausbeutung*. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas 1885—1914. Duncker & Humblot, Berlin 1970, 309 S., 1 Faltkarte = Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 17.

und der umfangreichen Literatur eine gediegene Wirtschafts- und Sozialgeschichte der deutschen Kolonie von ihrer Gründung im Jahre 1885 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zustande gebracht. Was den bis zur Wende der deutschen Kolonialpolitik 1906/07 reichenden Abschnitt der Kolonisierung Deutsch-Ostafrikas betrifft, so stehen den für die innerafrikanische Geschichte zu verbuchenden positiven Ergebnissen der deutschen Kolonialpolitik (Abschaffung der von der arabisch besiedelten Küste ausgehenden Sklavenjagden, Eindämmung der Stammesfehden) gewichtige negative Faktoren gegenüber: Die materielle Existenz der Schwarzen hatte sich nicht verbessert; die Eingeborenen litten vielmehr schwer unter dem Steuerdruck („Hüttensteuer“) und der ungesunden Arbeit in den Siedlerplantagen. Der Außenhandelswert, bester Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung, sank zwischen 1890 und 1895 um ein Drittel. Aus der Sicht des Deutschen Reiches bedeutete Ostafrika um die Jahrhundertwende eine wirtschaftlich stagnierende, wenn nicht gar unrentable Handelskolonie, die seit der Erklärung zum Schutzgebiet 1891 nahezu 70 Mio. Mark an Reichszuschüssen verschlungen und nur einigen Handelsgesellschaften (vor allem der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft) Gewinne eingebracht hatte.

Bei der Beurteilung der Bedeutung Deutsch-Ostafrikas für die Ansiedlung deutscher Auswanderer (1885 gingen etwa 110 000 Deutsche nach Übersee) ist es nützlich, sich folgende Größenordnungen vor Augen zu halten: Die Kolonie umfaßte ein Gebiet, das fast zweimal so groß war wie das Deutsche Reich, hatte jedoch eine deutsche Bevölkerung, die nicht über die Einwohnerzahl eines großen Dorfes in Deutschland hinausging (1900 etwa tausend, 1913 reichlich fünftausend). Die deutsche amtliche Politik hat angesichts der zahlreichen Besiedlungsschwierigkeiten (Klima, Bodenertrag, Arbeiterbeschaffung) und entgegen der enthusiastischen Kolonialpropaganda eines Carl Peters oder Paul Rohrbach die Einwanderung mit Recht gebremst.

Während also der Traum einer deutschen Siedlungskolonie Ostafrika rasch ausgeträumt war, gestaltete sich die wirtschaftliche Erschließung in dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg erfolgreicher. Sie wurde wesentlich bedingt durch den Bau der beiden von der Küste ins Innere getriebenen Eisenbahnlinien. TETZLAFF weist mehrfach mit Recht auf seine in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht strukturverändernde Wirkung hin: Der Bahnbau verbilligte und beschleunigte den Warentransport gegenüber dem herkömmlichen Karawanenhandel und vergrößerte den Rentabilitätsradius — von der Küste aus gesehen — marktfähiger Import- und Exportgüter; zudem räumte er durch die Eindämmung des Karawanenhandels mit dessen negativen Auswirkungen auf die Volksgesundheit (Karawanenseuchen) und das Familienleben auf.

Der durch den Bahnbau geförderten Entwicklung der vier Hauptkulturen Kautschuk, Baumwolle, Kaffee und Sisal, besonders letzterer, ver-

dankt die heutige Republik Tansania ihre wirtschaftliche Grundlage. Doch für das Deutsche Reich hat Deutsch-Ostafrika (wie auch die anderen deutschen Kolonien in Afrika) weder als Rohstofflieferant noch als Absatzmarkt wirkliche Bedeutung erlangt. Die Enttäuschung über den geringen materiellen Ertrag der Kolonien wurde dann durch neu entfachte Erwartungen auf ihren „weltpolitischen“ Wert kompensiert.

Besonders eindrucksvoll in TETZLAFFS Darstellung ist seine Behandlung der sozialen Probleme in der Kolonie. Er geht dabei von folgendem Dreiecksverhältnis aus, das sich mit Einschränkungen auch auf die anderen deutschen Kolonien in Afrika übertragen läßt: Auf der einen Seite steht die hauchdünne Oberschicht der zumeist deutschen Plantagenbesitzer, die — den sozialdarwinistischen Vorstellungen der Zeit entsprechend — im Eingeborenen einen geringwertigen Menschentyp erblicken, auf ihn als unentbehrliches „Arbeitstier“ angewiesen sind; auf der andren Seite die Masse der vordem stammes- und dorfgebundenen Schwarzen (1902 etwa 7 Mio.), die sich wegen der Steuerpolitik der Kolonialregierung als Lohnarbeiter auf den Plantagen verdingen müssen und aus nacktem Selbsterhaltungstrieb heraus zur Aufgabe ihrer Kultur und Übernahme der zivilisatorischen „Fortschritte“ ihrer Herren gezwungen sind. Zwischen diesen beiden Polen steht die deutsche Kolonialregierung, das Gouvernement in Daressalam, das am deutlichsten unter dem liberalen, reformgläubigen Gouverneur Frhr. von Rechenberg (1906—1912), seine interessenausgleichende Funktion ausgeübt hat.

TETZLAFF urteilt am Schluß seiner ausgewogenen Darstellung zwar streng, aber gerecht über die deutsche Kolonisation. An moralischen Maßstäben gemessen, hat die deutsche Schutzherrschaft versagt. Mit Recht wird auf den im Geschichtsbewußtsein der Deutschen nichtexistierenden Maji-Maji-Aufstand von 1905/06 verwiesen, der kaum weniger Menschenopfer als der bekannte Herero-Aufstand in Südwestafrika gefordert haben dürfte und der im Selbstverständnis des heutigen Tansania den Beginn einer Befreiungs- und Einigungsbewegung markiert. Der (durch große Menschenopfer erkaufte) Hebung des wirtschaftlich-technischen Niveaus steht die soziale Desintegration der schwarzen Bevölkerung gegenüber, die, durch den kompromißlosen Herrscherwillen der Siedlergesellschaft hervorgerufen und von der Gouvernementspolitik trotz ehrlichen Bemühens nicht mehr aufgehalten, die folgenden Jahrzehnte afrikanischer Geschichte in diesem Gebiet geprägt hat.

Die allenthalben in der Darstellung TETZLAFFS spürbaren Vorzüge finden sich in der Studie Detlef BALDS⁸ nur in geringem Maße wieder. Obwohl BALD dankenswerter Weise neben den Akten des Deutschen Zentral-

⁸ DETLEF BALD, *Deutsch-Ostafrika 1900—1914*. Eine Studie über Verwaltung, Interessengruppen und wirtschaftliche Erschließung. Weltforum Verlag. München 1970, 238 S., = Afrika-Studien 54.

archivs (bedauerlich ist, daß weder er noch TETZLAFF die Akten der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes im Politischen Archiv Bonn verwertet hat) auch die heute im Nationalarchiv von Tansania befindlichen Archivalien der deutschen Kolonialverwaltung benutzt und sein Augenmerk mehr als TETZLAFF auf die Verwaltungseinrichtungen (Gemeinde-, Bezirks-, Gouvernementsverwaltung) Deutsch-Ostafrikas und auf die Interessenverbände der deutschen Siedler gerichtet hat, sind seine Ergebnisse im Vergleich zu TETZLAFFS Studie mager und die Schlüsse, die er zieht, oft genug nicht substantiiert. Das Fehlen von übersichtlichen Statistiken, die TETZLAFF reichlich bietet, macht sich besonders nachteilig im Abschnitt über die wirtschaftliche Entwicklung bemerkbar. So ist etwa der von BALD angestellte Vergleich der Anbaufläche der vier wichtigsten Plantagenprodukte⁹ insofern irreführend, als daraus der Schluß abgeleitet wird, daß Kautschuk ein wichtigeres Produkt war als Sisal. Die Anbaufläche sagt jedoch nichts über den Produktions- und Handelswert des Erzeugnisses aus. Tatsächlich war Sisal unmittelbar vor dem Krieg — die Jahre, auf die sich BALD bezieht — mit 30 % vom Gesamtausfuhrwert der Kolonie zur wichtigsten Exportware geworden¹⁰ und hatte der „Todeskampf“ der ostafrikanischen Kautschukkultur bereits eingesetzt. Während BALD ferner den Prozentsatz des Anteils der Eingeborenen am Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugung für 1914 nicht festzustellen vermag,¹¹ bietet TETZLAFF darüber genaue (von ihm erschlossene) Zahlen¹².

Solche Beispiele ließen sich mehren. Es schadet dem Ruf der heute weiterhin beliebten „Struktur“geschichtsschreibung, wenn sie sich auf einem derart schwankenden Tatsachenboden bewegt und ihre Mängel mit dem Hinweis auf das „Exemplarische“ der angewandten Methode¹³ zu überdecken sucht. Das Ergebnis sind dann nicht Strukturen, sondern Fragmente. Dem entspricht es, daß Zusammenhänge gar nicht oder unzureichend hergestellt werden (etwa zwischen der „Plantagenexplosion“ und dem Arbeitnehmermangel¹⁴) und auf wichtige Fragen nicht eingegangen wird: Man erfährt nichts über die Bedeutung der Inder im Handel der Kolonie (ohne sie wäre, wie die mißgünstigen deutschen Siedler feststellen mußten, der gesamte Handel zusammengebrochen)¹⁵; nichts oder wenig über den das

⁹ Ebenda S. 145.

¹⁰ Vgl. TETZLAFF, *Koloniale Entwicklung* S. 118.

¹¹ BALD, *Deutsch-Ostafrika* S. 152.

¹² TETZLAFF, *Koloniale Entwicklung* S. 177—178.

¹³ Vgl. z.B. BALD, *Deutsch-Ostafrika* S. 67, 143, 174.

¹⁴ Ebenda S. 148.

¹⁵ BALD hat sich darüber allerdings in einem Aufsatz geäußert: DETLEF BALD, *Die Reformpolitik von Gouverneur Rechenberg. Koloniale Handelsexpansion und indische Minderheit in Deutsch-Ostafrika 1900—1914*, in: *Africana Collecta. Beiträge zu Geschichte, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft afrikanischer Länder*. Bd. 2. Hrsg. v. Dieter Oberndörfer. (Düsseldorf 1971), S. 241—261.

wirtschaftliche und soziale Leben der Kolonie verändernden Bau der Nord- und Zentralbahn; nichts Zusammenhängendes über die wichtigste „Interessengruppe“ in der Kolonie, die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft usw. BALD geht zwar auf das für die Spätphase der deutschen Kolonialverwaltung wichtige Institut des Distriktkommissars (auf Grund der Dernburg-Rechenbergschen Arbeiterschutzgesetzgebung vom Gouverneur eingesetzte Plantagen-Inspektoren) ein, doch wird ihre Wirksamkeit nicht eingehend untersucht. Aufs ganze gesehen ist die Studie BALDS mehr eine Beschreibung der auf dem Papier stehenden Ziele der verschiedenen Verwaltungseinrichtungen der Kolonie und der Interessengruppen in der Siedlerschaft als eine Darlegung ihres tatsächlichen Funktionierens bzw. ihres Verhaltens. BALD beurteilt die Arbeiter-Schutzpolitik des Rechenberg-Gouvernements günstiger — das mag im Vergleich zur Tätigkeit des vorausgehenden Gouverneurs Götzen berechtigt sein — als TETZLAFF, der die materiellen und ideellen Opfer der Schwarzen in keinem Verhältnis zu den erreichten zivilisatorischen Fortschritten sieht.

Der Angriff BALDS¹⁶ gegen die von dem afrikanischen Historiker ILIFFE¹⁷ aufgestellte These, daß die Reform der deutschen Kolonialpolitik nach 1906/07 in Ostafrika nicht primär durch die Festlegung einer neuen kolonialpolitischen Konzeption in Berlin oder auf Grund der Initiative reformgläubiger und ausgleichsbereiter Gouverneure entwickelt wurde, sondern als Reaktion auf den Maji-Maji-Aufstand zu verstehen sei, scheint uns nicht berechtigt. ILIFFE hat vielmehr die herkömmliche Auffassung, daß die Neuorientierung in der Kolonialpolitik des Mutterlandes durch die offenkundig in die Sackgasse geratene Kolonialpraxis in Südwestafrika (Hererokrieg) erzwungen worden ist, durch die Erforschung der bislang viel weniger beachteten Aufstands-Ereignisse in Ostafrika bestätigt. Seine Argumentation kann nicht mit dem Hinweis widerlegt werden, daß etwa ein Rechenberg schon in seiner Zeit als Vizekonsul von Sansibar die Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Weißen und Afrikanern gehabt habe, nach der er dann später als Gouverneur vorgegangen sei. BALD betont selbst wiederholt die Identifizierung des Gouverneurs Götzen mit dem Gruppeninteresse der Siedler und damit die Tatsache, daß Einsichten wie die Rechenbergs bis 1906/07 nicht zum Zuge gekommen sind. ILIFFE hat jedenfalls dadurch, daß er die Wirkung der

¹⁶ BALD, *Deutsch-Ostafrika* S. 33, 55, 198.

¹⁷ JOHN ILIFFE, *The Effects of the Maji Maji Rebellion of 1905—1906 on German Occupation Policy in East Africa*, in: *Britain and Germany in Afrika. Imperial Rivalry and Colonial Rule*. Ed. by Prosser Gifford and William Roger Louis. New Haven/London 1967, S. 557—575. — DERS., *Tanganyika under German Rule 1905—1912*. Cambridge 1969. — Über Deutsch-Ostafrika vgl. auch RALPH ALBERT AUSTEN, *Northwest Tanzania under German and British Rule. Colonial Policy and Tribal Politics, 1889—1939*. New Haven 1968. — Vgl. unten Anm. 32.

autochthonen Kräfte in der ostafrikanischen Kolonie auf die Willensbildung in der politischen Zentrale im Mutterland hervorhebt, auf die Bedeutung des von der neueren Forschung herausgearbeiteten Faktors Widerstand im kolonialen Geschehen des 19. Jahrhunderts hingewiesen und damit zur Vertiefung des historischen Verständnisses der kolonialen Expansion beigetragen.

3. Deutsch-Südwestafrika

Daß kolonialpolitische Konzeptionen, die eine Harmonisierung der allgemein als unaufhebbar erachteten Interessengegensätze zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren erstrebten, nicht erst nach 1906/07 verwirklicht wurden, zeigt die sozialpsychologisch ausgerichtete Studie Helmut BLEYS¹⁸ über die Politik des Gouverneurs (Landeshauptmanns) von Südwestafrika, Leutwein, zwischen 1894 und 1904. BLEY spricht zu Recht vom „System Leutwein“. Leutwein hat mit einer faszinierenden intellektuellen Redlichkeit für sein Programm der wirksamen, aber friedlichen Entfaltung der Staatsgewalt auf der Grundlage von Vertrauen und „friedlichem Nebeneinander“ von Weißen und Schwarzen¹⁹ gekämpft. Durch die regellose Landnahme der Siedler sah er die Organisation der afrikanischen Stämme bedroht. Er versuchte, den Schwarzen wenigstens ein existenzermöglichendes Kerngebiet (Reservatsidee) zu erhalten, und wandte sich gegen die von der Siedlerschaft erhobene Forderung des Präventivkrieges gegen den wichtigsten Stamm, die Herero. Da er das Sicherheits- und Expansionsbedürfnis seiner Landsleute nicht nur auf Grund der Forderungen der auf ihr „Herrenmententum“ pochenden Siedler und der lediglich ihr kurzfristiges Profitinteresse beachtenden Kaufleute, sondern auch auf den Druck ihrer Interessengruppen im Reich und der Kolonialpresse in Deutschland hin berücksichtigen mußte, wurde der Spielraum für seine vorsichtige und komplizierte Häuptlingspolitik immer weiter eingeschränkt. In einer seiner Situationsanalysen fiel einmal das grundsätzliche Wort:²⁰ „Colonialpolitik ist überhaupt eine inhumane Sache.“ Da-

¹⁸ HELMUT BLEY, *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894—1914*. Leibniz-Verlag. (Hamburg 1968), 390 S. = Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte 5. — Vgl. auch DERS., Social Discord in South West Africa, 1894—1904, in: Britain and Germany in Africa. Imperial Rivalry and Colonial Rule. Ed. by Prosser Gifford and William Roger Louis. New Haven/London 1967, S. 607—630.

¹⁹ Auch hier ist es wiederum nützlich, sich die Zahl der Bevölkerung vor Augen zu halten: vor dem Aufstand betrug die Zahl der Eingeborenen 200 000 (0,2 pro qkm); die Zahl der Deutschen (1902) 2 595, (1908) 6 215.

²⁰ Bericht an die Kolonialabteilung, 4. Juli 1896 (BLEY, *Kolonialherrschaft* S. 102).

mit hat der führende Beamte eines deutschen Schutzgebietes vom Fluch des Entschlusses zum Kolonialerwerb gesprochen.

Mit seinen Ausführungen über das System Leutwein weist BLEY auf einen auch in der neueren Forschung noch zu wenig beachteten Umstand hin: daß Kolonialpolitik nicht erst heute aus der historischen Distanz durch mühevoll Interpretation der Zusammenhänge zwischen dem zu meist rücksichtslosen Vorgehen der europäischen Kolonialmächte und dem opferreichen Zurückweichen der Eingeborenen als ambivalent erkannt wird, sondern schon damals als grundsätzlich problematisch empfunden werden konnte.

Leutweins Konzeption des friedlichen Nebeneinanderlebens von Weißen und Schwarzen — seinen Glauben an eine soziale Integration, die wegen der Abhängigkeit der Siedler von der Arbeitskraft der Schwarzen anfangs nicht unmöglich schien, hatte er schon früh aufgegeben — scheiterte nach mühsam erkämpften Teilerfolgen und fatalistisch hingenommenen Rückschlägen endgültig mit dem Hereroaufstand von 1904/07. BLEY stellt die aus der zeitgenössischen Literatur (z. B. P. ROHRBACH) stammende und bisher in der Forschung vertretene Auffassung in Frage, daß der Aufstand direkt aus der nach der Rinderpest von 1897 rapide einsetzenden wirtschaftlichen Entwicklung (gefördert durch den Bau der Bahn Swakopmund—Windhuk und bestimmt durch eine die Schwarzen hart treffende Kreditpolitik) herzuleiten sei. Er glaubt seine Ursachen vielmehr in sozialpsychologischen Faktoren suchen zu müssen. Die Afrikaner hatten das Vertrauen verloren, daß die deutsche Expansion jemals haltmachen und die deutsche Regierung den vertraglich garantierten Schutz tatsächlich gewähren würde. Je mehr Siedler ins Land kamen, desto mehr verschärfte sich die soziale und politische Diskriminierung. Der Oberhäuptling der Herero hat Leutwein einmal vorgehalten, daß die zahlreichen ungesühnten Totschlagsdelikte und Morde sowie die Todesfälle in den Gefängnissen einer Kriegserklärung gleichkommen seien.²¹ Es war allgemein die Ansicht der Hererogroßleute, daß kein einzelnes Faktum das Mißtrauen zwischen beiden Bevölkerungsschichten so stark erschüttert hatte wie diese skandalöse Rechtsunsicherheit. Der Rassenhaß machte auch vor den Schranken des Gerichts nicht halt.

Die Folgen des Krieges, der auf deutscher Seite nach der Beiseiteschiebung Leutweins durch den von Schlieffen gedeckten General von Trotha mit bewußtem Vernichtungswillen (Trotha: „Ich glaube, daß die Nation [der Herero] als solche vernichtet werden muß“²²) geführt wurde, waren für die Herero katastrophal. Nahezu 80 % des Stammes sind durch Kriegseinwirkung oder in den Gefangenenlagern umgekommen. Für den überlebenden Rest brachte der Krieg die — durch die folgende Eingeborenen-

²¹ BLEY, Kolonialherrschaft S. 186.

²² Ebenda S. 204.

gesetzgebung sanktionierte — völlige Landenteignung, das Verbot der Viehzucht und die Auflösung der Stammesorganisation.

Diese Tatsachen sind bekannt. Weniger bekannt sind die auch für die Siedlerschaft bedenklichen Folgen des Krieges. BLEY stellt in seinen entsprechenden Ausführungen bewußt nicht die wirtschaftliche Entwicklung, deren Stetigkeit durch die 1908 einsetzenden Diamantenfunde gestört wurde, in den Vordergrund, sondern das Sozialverhalten der Siedler. Er widerlegt die ältere Auffassung, daß sich nach der Auflösung der Stammesorganisation eine Phase großer sozialer Stabilität durch die angebliche Eliminierung der „Eingeborenenfrage“ ergeben habe. Vielmehr bemächtigte sich der Kolonisten eine tiefgreifende Unsicherheit. Die sozialen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nicht nur mit den verbliebenen Schwarzen, sondern auch der Siedler untereinander nahmen eine vorher nicht gekannte Hektik und Härte an. Ein scharfer Gegensatz zur Regierung und zu der zahlreichen Beamtenschaft war die selbstverständliche Folge, wie sie unter teilweise anderen Voraussetzungen wegen der Neuorientierung der Berliner Kolonialpolitik auch in Ostafrika und in Kamerun sich einstellte. Gewalt wurde als die letzte Quelle des Rechts angesehen. Der „natürliche“ Egoismus, der angeblich einer „besonderen Begründung und Rechtfertigung nicht“ bedurfte, kam in der Presse der Kolonie mit typisch darwinistischem Vokabular zum Ausdruck. Das Verhältnis zwischen Siedlern und schwarzen Arbeitern war schließlich von Furcht und Haß unheilbar zerrissen. In seiner schrecklichsten Auswirkung äußerte es sich in einer systematisch von den Weißen geübten Praxis der Unterernährung der Schwarzen und dem daher bedingten Bevölkerungsrückgang. Durch die von der Regierung in den Jahren 1911—1913 inszenierte Prozeßserie enthüllte sich dann das ganze Ausmaß der menschlichen Zerrüttung. Die Folge der amtlich angestregten Prozesse war eine soziale Trennung auch zwischen Verwaltung und Siedlerschaft. Die relative Wirkungslosigkeit dieser und anderer amtlicher Eingriffe (Arbeiterschutzverordnung) läßt Macht und Ohnmacht des Staates in seinem Bemühen um Wiedergutmachung (ein Wort Solfs aus dem Jahre 1912²³) des an den Eingeborenen begangenen Unrechts deutlich werden. Die soziale Desintegration schien sich nicht mehr aufhalten zu lassen.

BLEY glaubt in der sozialen Entwicklung Deutsch-Südwestafrikas eine Bestätigung der These Hannah ARENDTS, daß in der Kolonialpolitik Ursprünge totaler Herrschaft zu finden seien, zu erkennen.²⁴ Die Verbindung zur Totalitarismustheorie scheint um so bestechender zu sein, als BLEY nicht nur auf die besondere Mentalität der Siedlerschaft, sondern auch auf die Trothasche (also von amtlicher Seite ausgehende) Vernichtungspolitik, die so mechanisch-moderne Züge zu tragen scheint, hinweisen kann. Doch

²³ Ebenda S. 307.

²⁴ Ebenda S. 210, 314.

wird diese Parallele nur hin und wieder angedeutet und zu Recht nicht forciert, vielmehr auch der Widerstand gegen die Auswüchse des Siedler-Verhaltens und die Genozid-Absichten des deutschen Generals (der Reichskanzler ist Trotha nach einem Jahr endlich in den Arm gefallen) aufgezeigt.

4. Kamerun

Im Gegensatz zu der bewegten Geschichte Deutsch-Ostafrikas und Deutsch-Südwestafrikas²⁵ verlief die Entwicklung in Kamerun stetiger und gleichmäßiger. Das hatte verschiedene Gründe. Kamerun war eine reine „Tropenkolonie“, die nicht zur Besiedlung durch Europäer, sondern nur zur Rohstoffausbeutung geeignet war. Deshalb war der Zusammenprall zwischen den Deutschen und den verschiedenen Eingeborenstämmen nicht so hart, und die „Pazifizierung“ hatte nie den Grad an Intensität erreicht, wie er in den beiden größeren Kolonien nötig erschien. Zu Kolonialkriegen ist es hier nicht gekommen. Kamerun war auch nicht durch die (für die Regierungstätigkeit nur hinderliche) Erbschaft einer Chartered Company belastet. Wegen der geringen Zahl der Weißen²⁶ blieb die Möglichkeit zur Bildung von Interessengruppen von vornherein beschränkt. So hat es Auseinandersetzungen um die Selbstverwaltung der Kolonie in dem Maß, wie es sich in den beiden anderen Kolonien nachweisen läßt, nie gegeben. In den Augen der beiden wichtigsten Kameruner Interessengruppen, der Pflanzer und der Kaufleute, hätte die Last, die sie durch die Übernahme der mit der Selbstverwaltung verbundenen Pflichten zu tragen gehabt hätten, den Gewinn nicht ausgeglichen, der durch die entsprechenden Rechte eingehandelt worden wäre.

Wie Karin HAUSEN in ihrer Darstellung der deutschen Politik in Kamerun²⁷ nachweist, hat es indes auch in dieser Kolonie an zahlreichen Konflikten zwischen Regierung und Kolonialverwaltung einerseits und den verschiedenen Wirtschaftsinteressen andererseits nicht gefehlt. In der Phase bis etwa 1895/96 stagnierte die Kolonisation (wie in Ostafrika). Den Grund sieht HAUSEN in der unzureichenden Ausstattung der Kolonialregierung mit personellen und materiellen Herrschaftsmitteln. Die Zahl der Kolonialbeamten und der Schutztruppenangehörigen war verschwindend

²⁵ Über einen besonderen Aspekt der deutschen Kolonisation in Deutsch-Südwestafrika vgl. neuerdings HELGE BEI DER WIEDEN, Wollschafzucht in Deutsch-Südwestafrika, in: VSWG 58 (1971), S. 67—87.

²⁶ Bevölkerungszahlen: (1904) etwa 3,5 Mio. Eingeborene, 612 Deutsche; (1909) insgesamt 1 127 Weiße.

²⁷ KARIN HAUSEN, *Deutsche Kolonialherrschaft in Afrika*. Wirtschaftsinteressen und Kolonialverwaltung in Kamerun vor 1914. Atlantis Verlag (Zürich/Freiburg i. Br. 1970), 340 S. = Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte 6.

gering. Auch die kolonialen Erwerbsgesellschaften entsandten nur wenige Vertreter nach Kamerun. Erst nach einem weiteren Jahrzehnt (der „heroischen“ Periode) weiteten Regierung und Wirtschaftsinteressen ihr Aktionsfeld aus. Die Militärverwaltung wurde zum großen Teil durch eine Zivilverwaltung ersetzt. Großplantagen wurden gegründet,²⁸ die den vorkolonialen Tauschhandel durch rationelle Ausbeutungsmethoden zu ersetzen suchten. In der letzten Phase vor dem Weltkrieg kollidierten, wie in den anderen deutschen Kolonien Afrikas, die kurzfristigen wirtschaftlichen Ausbeutungsinteressen mit den Zielen einer auf langfristige Landesverwaltung eingestellten Kolonialherrschaft. Als Hauptproblem erwies sich auch hier der Mangel an Arbeitskräften. Unter Gouverneur von Puttkammer hatte die Verwaltung in der Anwerbung „freiwilliger“ Arbeiter noch mit den Pflanzungsunternehmen zusammengearbeitet. Als sich auf Grund der rücksichtslosen Werbemethoden und der ungünstigen Arbeitsverhältnisse unter den Eingeborenen Anzeichen eines bedenklichen Bevölkerungsrückgangs bemerkbar machten, versuchte die Regierung eine Arbeiterschutzpolitik in Form von Schutzverordnungen, Einsetzen von regierungsamtlichen Arbeiterkommissaren und Androhung von Sanktionen durchzusetzen. Die Wirtschaftsinteressenten reagierten auf diese Maßnahmen, die eine Einschränkung ihrer Unternehmerfreiheit bedeuten mußten, mit immer hartnäckigerem Widerstand. Da die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in der Praxis sehr beschränkt blieben, hat die staatliche Arbeiterschutzpolitik den auch in Kamerun zu beobachtenden Krebschaden der deutschen Kolonialherrschaft, die Dezimierung der Eingeborenenbevölkerung, im wesentlichen nicht zu beseitigen vermocht.

Wie ein roter Faden zieht sich durch HAUSENS Darstellung der häufig wiederholte Hinweis, daß die Verwaltung in den deutschen Kolonien wegen des geringen Einsatzes finanzieller Mittel nie intensiv hatte betrieben werden können. Für die mangelnde Bereitstellung der Finanzen macht HAUSEN den Reichstag verantwortlich. Aus dem Umstand, daß der Reichstag durch die 1892 erfolgte Ausdehnung seines Budgetrechtes auf die Schutzgebiete die Kolonialpolitik kontrollieren konnte und von dieser Möglichkeit in der Folgezeit reichlich Gebrauch machte, leitet sie die These ab,²⁹ daß die parlamentarische Behandlung der Kolonialpolitik weitgehend im Zusammenhang mit der Forderung nach fortschreitender Parlamentarisierung zu sehen sei. „Die parlamentarische Verantwortlichkeit des Leiters der Kolonialverwaltung scheint zum Faktum geworden zu sein, noch

²⁸ Über die wichtigste Erwerbsgesellschaft, das Hamburger Woermann-Haus, vermag Hausen wegen der ungünstigen Quellenlage kaum Neues auszusagen. Vgl. in diesem Zusammenhang: HELMUT WASHAUSEN, Hamburg und die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches 1880 bis 1890. Hamburg 1968 = Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte 23.

²⁹ HAUSEN, Deutsche Kolonialherrschaft S. 51.

bevor der Reichstag eine Staatssekretärsstelle bewilligt hatte.“ Tatsächlich war die Behandlung von Kolonialfragen hervorragend für den Kampf um die Parlamentarisierung geeignet, da sie durch keinen Präzedenzfall in der Auseinandersetzung zwischen Reichstag und Bismarck vorbelastet war (wie die Militärpolitik durch den Verzicht auf jährliche Behandlung des Militärbudgets) und Kolonialpolitik ihrer Natur nach in Außen- und Innenpolitik nicht reinlich zu scheiden war. Diese interessanten Beobachtungen HAUSENS bedürften einmal genauerer Analyse und weiterführender Beurteilung. Für die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika relevant bleibt die Feststellung, daß Kolonialpolitik wegen der Kritik und Kontrolle des Reichstags nur auf einer sehr schmalen Finanzgrundlage betrieben werden konnte. In Kamerun wurde der Handlungsspielraum der Kolonialregierung erst in der letzten Phase etwas erweitert, als die Einnahmen aus der Kolonie in Form steigender Zolleinnahmen und zunehmender Erträge aus der Eingeborenensteuer wuchsen. Obwohl immer noch auf Reichszuschüsse angewiesen, wurden dadurch doch der Kolonialregierung die Voraussetzungen geschaffen, daß sie nicht nur von der Abhängigkeit von Regierung und Volksvertretung im Reich, sondern auch von den weißen Interessenten in der Kolonie allmählich loskommen würde.

5. Zusammenfassung

Über die Ergebnisse der deutschen Kolonialpolitik in Afrika, soweit sie das Mutterland betrifft, herrscht heute im wesentlichen Einigkeit in der Forschung. Die tatsächliche Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg hat die vornehmlich ökonomischen und daneben auch die demographischen Begründungen der Kolonialenthusiasten Lügen gestraft. Wirtschaftlich waren die Kolonien von zwei Ausnahmen abgesehen (Togo, Samoa) Zuschußgebiete, als Anlagegebiet für Kapital sind sie zugunsten anlagesicherer Länder im allgemeinen gemieden worden. Als Aufnahmebecken für Auswanderer haben sie keine Rolle gespielt. Ihre Raison d'être erschöpfte sich im politischen Bereich, indem sie die Anwesenheit Deutschlands in der Welt stets sichtbar machten. Neuerdings ist für Bismarck, wenn auch in grober Vereinseitigung, auf den für die deutsche Innenpolitik instrumentalen Charakter der Kolonialpolitik hingewiesen worden.³⁰ Damit ist der Finger auf etwas eigentlich Selbstverständliches gelegt worden, nämlich auf die Tatsache, daß alle an der Kolonialpolitik irgendwie beteiligten Interessengruppen Interessenpolitik getrieben haben, also auch die Regierung.

Die Erforschung der „kolonialen Situation“ an Ort und Stelle ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Gange, aber längst noch nicht abgeschlossen. Für die französische und die englische Kolonialherrschaft hat

³⁰ WEHLER, Bismarck. — Vgl. auch HARTMUT POGGE VON STRANDMANN, Domestic Origins of Germany's Colonial Expansion under Bismarck, in: Past & Present No. 42 (1969), S. 140—159.

man zu Recht — da sie eine unvergleichlich längere Entwicklung durchgemacht hat als die deutsche — bestimmte Typen von Kolonien beschrieben. Der Typus der französischen Kolonie baute auf dem Grundsatz der Assimilation mit dem Mutterland auf. Die deutsche Kolonialherrschaft hat einen besonderen Typus nicht bilden können, da sie sich nur über drei Jahrzehnte erstreckte und die Verwirklichung einer in der Metropole entstandenen Kolonial-Konzeption erst im letzten Jahrzehnt begann. Die deutschen Kolonien blieben Kronkolonien, die vom Kaiser durch einen Gouverneur verwaltet wurden. Parlamentarische Kontrolle setzte allerdings schon früh ein. Ansätze zur Selbstverwaltung haben sich erst in den Jahren vor dem Weltkrieg gebildet. In Nordkamerun, das wie Nordnigeria islamische Emirate umfaßte, hat man Elemente der englischen Herrschaftsform des „Indirect Rule“ übernommen.

Die neuesten Forschungen haben die Politik der in den Kolonien unmittelbar wirksamen Interessengruppen eingehend untersucht und in ihrer Schärfe und Vielfalt bisher wohl nicht geahnte Interessenkollisionen nachgewiesen. Die zahlreichen dunklen Flecken der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika erscheinen dadurch keineswegs in hellerem Lichte. Mit dem größer werdenden historischen Abstand beginnt man indes auch die positiven Seiten des Kolonialismus zu erkennen. Nach einer erst jüngst geäußerten Auffassung³¹ hat die Kolonialherrschaft den betroffenen Völkern nicht nur die politische Versklavung, sondern auch die geistige Befreiung gebracht. In diesem Sinne konnte kürzlich ein afrikanischer Forscher schreiben,³² daß der Kolonialismus „the most important liberating factor“ gewesen sei, „that the African mind has experienced in historical times“.

³¹ RUPERT EMERSON, Colonialism, in: *Journal of Contemporary History* 4 (1969), S. 3—16.

³² ALI AL'MIN MAZRUI, Borrowed Theory and Original Practice in African Politics, in: *Patterns of African Development. Five Comparisons*. Ed. by Herbert J. Spiro. Englewood Cliffs, N. J. (1967), S. 92. — Weitere Literatur neueren Datums über Deutsch-Ostafrika (vgl. oben Anm. 17): ROBERT I. ROTBERG, Resistance and Rebellion in British Nyasaland and German East Africa, 1888—1915: A Tentative Comparison, in: *Britain and Germany in Africa*, S. 667—690. *Records of the Maji Maji Rising. Part 1*. Ed. by G. C. K. Gwassa and John Iliffe. Dar es Salaam (1968). ROBERT D. JACKSON, Resistance to the German Invasion of the Tanganyikan Coast, 1888—1891, in: *Protest and Power in Black Africa*. Ed. by Robert I. Rotberg and Ali Al'min Mazrui. New York 1970, S. 37—79. MARCIA WRIGHT, German Missions in Tanganyika 1891—1941. Lutherans and Moravians in the Southern Highlands. Oxford 1971 = *Oxford Studies in African Affairs*. DETLEF BALD, Probleme der Imperialismusforschung am Beispiel Deutsch-Ostafrikas, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 22 (1971), S. 611—616. — JOHANNA EGGERT, Missionsschule und sozialer Wandel in Ostafrika. Der Beitrag der deutschen evangelischen Missionsgesellschaften zur Entwicklung des Schulwesens in Tanganyika 1891—1939. (Bielefeld 1970).